74. Jahrgang. Nr. 156

Mittwoch, 2. April 1930

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr vom 1. bis 15. April 1930 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mk. Postbezugspreis für Monat April 3.40 Mk. einschl. 96 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr). Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 100 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Regierungserklärung des Reichskanzlers

Ordnung der Finanzen, Steuersenkung für 1931 und umfassende Sparmaßnahmen, durchgreifendes Hilfsprogramm für die Landwirtschaft, Ankündigung einer Siedlungsvorlage

Günstige Aufnahme im Reichstag

Berlin, 1. April. Die Tribünen sind überfüllt, der Saal ist voll besetzt, als die Mitglieder des neuen Kabinetts mit dem Reichskanzler Dr. Brüning an der Spitze ihre Plätze am Regierungstisch einnehmen.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt: „Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung." Der Präsident erteilt dem Reichskanzler Dr. Brüning das Wort. Die Kommunisten rufen: „Der Kanzler Klöckners, der Hungerkanzler!"

Reichskanzler Dr. Brüning:

Ich habe die Ehre, Ihnen die neue Reichsregierung vorzustellen in der Zusammensetzung, wie sie Ihnen soeben der Herr Präsident des Reichstages bekanntgegeben hat. Dabei ergreife ich die Gelegenheit, um dem scheidenden Herrn Reichskanzler für seine hingebende, von ernster Sachlichkeit getragene Arbeit im Dienste des Vaterlandes die aufrichtige Hochachtung der neuen Regierung auszusprechen. (Lachen bei den Kommunisten. Präsident Löbe bittet den Abg. Torgler um Ruhe.)

Das neue Reichskabinett ist entsprechend den mir vom Reichspräsidenten erteilten Auftrag an keine Koalition gebunden. Doch konnten selbstverständlich die politischen Kräfte dieses hohen Hauses bei seiner Gestaltung nicht unbeachtet bleiben. Das Kabinett ist gebildet mit dem Zweck, die nach allgemeiner Auffassung für das Reich lebensnotwendigen Aufgaben in kürzester Frist zu lösen. Es wird der letzte Versuch sein, die Lösung mit diesem Reichstage durchzuführen. (Hört, hört bei den Kommunisten.) Einen Aufschub der lebensnotwendigen Arbeiten kann niemand verantworten. Die Stunde fordert schnelles Handeln. (Ruf bei den Kommunisten: „Großer Optimist!")

Daher erwarten Sie von mir heute nicht ausführliche Erklärungen über die beabsichtigten Maßnahmen im einzelnen. Die neue Regierung wird Deutschlands Lebensinteressen in

organischer Weiterentwicklung der bisherigen Außenpolitik

aktiv vertreten. Nationales Selbstbewußtsein, Vertrauen in die innere Kraft des Volkes sind die Grundlagen, ebenso wie die Erkenntnis, daß der Wiederaufstieg Deutschlands nur in friedlichem Zusammenwirken mit allen Völkern erreichbar ist. Loyale Durchführung der internationalen Vereinbarungen (Hört, hört!), Mehrung und weiterer Ausbau unseres Verhältnisses zu allen Staaten, zu denen wir in freundschaftlichen, vertraglichen und wirtschaftlichen Beziehungen stehen, Förderung internationaler Zusammenarbeit, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiete zur Erleichterung der schwierigen Lage der eigenen, mit der Weltwirtschaft eng verknüpften Wirtschaft, das sind die Grundlagen dieser Außenpolitik.

Endziel ist und bleibt ein wirtschaftliches gesundes, ein politisch freies und gleichberechtigtes Deutschland, das seinen Wiederaufbau im Schutze des Friedens vollenden kann und das ein unentbehrlicher Faktor in der Staatengemeinschaft sein muß.

(Beifall bei den Regierungsparteien.) Besonders herzlich in dieser Stunde gedenkt die Reichsregierung der Rheinlande, deren endliche Befreiung von der Besetzung unmittelbar bevorsteht. (Beifall. — Zwischenrufe bei den Kommunisten.) Nicht vergessen bleibt die Treue der Bevölkerung der besetzten Gebiete in schwersten Stunden, nicht zu Ende geht die Fürsorge für ihre Notlage. (Beifall.)

Alsbaldige Rückgliederung des Saargebietes

zur Vollendung des begonnenen Befreiungswerkes ist das Ziel der von der Reichsregierung tatkräftig zu fördernden Verhandlungen.

Innenpolitisch gibt unsere Lage angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Notstände und der mit ihnen verbundenen radikalen Strömungen Anlaß zu besonderer Wachsamkeit. Diesen Strömungen läßt sich nicht nur mit dem Einsatz staatlicher Mittel begegnen. Sie müssen in erster Linie durch

wirtschaftliche Aufbauarbeit

behoben werden. Die Reichsregierung fühlt sich stark genug, mit den Mitteln, die das Grundgesetz unserer staatlichen Ordnung, die Weimarer Verfassung, der deutschen Republik zur Verfügung stellt, allen gefahrvollen Bedrohungen entgegenzuwirken. (Beifall.) Mit diesem Ziele nimmt die Reichsregierung die Mahnung zur nationalen Einigung auf, die der Herr Reichspräsident in seiner Kundgebung vom 13. März an das deutsche Volk gerichtet hat. (Beifall.) Erbitterte Kämpfe um außenpolitische Fragen haben das deutsche Volk zerrissen. Nach der Entscheidung dieser Kämpfe wollen wir das

Werk der Versöhnung

in Angriff nehmen. Was unser Volk zum gemeinsamen Denken und Handeln, zur Zusammengehörigkeit zwingt, wird im Mittelpunkt unsers Wirkens stehen. Der Blick muß auf die gemeinsame Not und die gemeinsam zu beschließende Abhilfe und nicht auf das Trennende gerichtet sein.

Alle infolge der langjährigen Verhandlungen über den Youngplan noch nicht erledigten finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen müssen sofort durchgeführt werden.

Sanierung der Finanz- und Kassenlage, Unterstützung der Länder und Gemeinden in ihrer schwierigen finanziellen Lage ist das Dringendste. Ohne eine schnelle Ordnung der Kassen- und Finanzlage fehlt die Gewähr der dringend notwendigen Entlastung der Wirtschaft und der Milderung der Arbeitslosigkeit. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Durch Uebernahme des von dem jetzigen Reichsfinanzminister aufgestellten Entwurfes eines Reichshaushaltgesetzes für das Rechnungsjahr 1930 können die Arbeiten des Reichsrates in den festgesetzten Fristen durchgeführt werden.

Die Reichsregierung übernimmt das zu diesem Haushaltplan gehörende Deckungsprogramm.

Diese Deckungsvorlagen sind in der Form des letzten Vermittlungsvorschlages der bisherigen Regierungsparteien mit der finanziellen Sicherung der Arbeitslosenversicherung (Ruf b. d. Komm.: Abbau!) der gesetzlichen Festlegung der Steuersenkung und der Ausgabenersparnis ein einheitliches Ganzes. Neue Steuerlasten zur Sanierung der Kassenlage sind nur tragbar, wenn sie im Rahmen eines auf weite Sicht gestellten, Schritt für Schritt durchzuführenden Gesamtprogrammes stehen.

Eingehende Sparvorschläge auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens werden in kürzester Frist seitens der Reichsregierung den zuständigen Körperschaften unterbreitet werden.

(Zwischenrufe der Komm.) Diese Sparmaßnahmen sollen nicht von einem antisozialen Geist getragen sein. (Lachen b. d. Komm. — Glocke des Präsidenten — Ruf: Aprilscherz! — Abg. Ewers wird zur Ordnung gerufen, ebenso Abg. Neubauer wegen Zwischenrufen.) Sie haben lediglich den Zweck, ihrerseits zur Senkung der Steuern, zur Hebung der Produktivität der Wirtschaft, zur Stärkung der Kreditwürdigkeit Deutschlands beizutragen. (Beifall.) Sie sollen Raum schaffen für die

Senkung der auf dem Handwerk und dem gesamten städtischen und ländlichen Mittelstand besonders schwer lastenden Realsteuern.

Die Regierung ist von ernster Sorge erfüllt über die Notlage des gewerblichen Mittelstandes, sie wird alle Kräfte einsetzen, dem Art. 164 der Reichsverfassung entsprechend, den gewerblichen Mittelstand in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe zu fördern, vor Ueberlastung und Aussaugung zu schützen. (Beifall.) Die Notwendigkeit einer planmäßigen, auf Wirtschaftlichkeit und Ersparnisse gerichteten Vereinfachung auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung schafft die Garantie und die Voraussetzung für die Weiterverfolgung der Sozialpolitik, die als eine staatliche Notwendigkeit von der neuen Reichsregierung unbedingt anerkannt wird. (Ruf b. d. Komm.: Heuchelei!) Finanzielle, soziale und wirtschaftliche Aufgaben müssen von einheitlichen Gesichtspunkten aus angefaßt werden. Gerade von diesem Standpunkt aus ist

das Rettungswerk unserer in schwerstem Ringen um die Existenz kämpfenden Landwirtschaft vordringlich.

(Ruf b. d. Komm.: Schiele! Hugenberg!) Die Agrarkrise hat in besonders bedrohten Landesteilen den Charakter einer allgemeinen Volks- und Staatskrise angenommen. Die Landwirtschaft hat, wie jeder andere Stand, der unverschuldet ins Elend und in Lebensgefahr geraten ist, das Recht auf die Hilfe des Staates.

Stützung und Wiederbelebung der ländlichen Wirtschaft ist das wirksamste Mittel zur Drosselung der Landflucht und zur Schaffung neuer Absatz- und Arbeitsmöglichkeiten für Gewerbe und Arbeiterschaft.

Von hier aus muß der Druck auf den Arbeitsmarkt und die ständige Bedrohung der Lebenshaltung des deutschen Volkes beseitigt werden. (Sehr wahr! im Zentrum.) Deshalb ist die Regierung entschlossen, in Fortführung und Erweiterung der von dem bisherigen Reichsernährungsminister bis in die letzten Tage getroffenen Maßnahmen

ein umfassendes und durchgreifendes Hilfsprogramm für die Landwirtschaft

schleunigst zu verwirklichen. Sie scheut dabei angesichts der ernsten Lage nicht vor außergewöhnlichen Mitteln zurück. (Zuruf bei den Kommunisten: „Hungerregierung!") Die Reichsregierung ist davon überzeugt, daß nur auf diesem Wege der drohende Zusammenbruch der Landwirtschaft aufzuhalten, eine wesentliche Besserung der gegenwärtigen Krise und dadurch eine Wendung der Lage dieses Berufsstandes herbeizuführen ist. So wird auch den deutschen Bauern der Mut zu lebendigem Schaffen aus eigener Kraft erwachsen.

Die Regierung hat bereits mit der Ausarbeitung der notwendigen Gesetzesvorlagen begonnen.

Diese Maßnahmen schaffen allein nicht die Gewähr, um das deutsche Volkstum in der Ostmark wieder fester mit seiner Heimat und seiner Scholle zu verbinden. Durchgreifende und umfassende Osthilfe, Zug um Zug mit dem allgemeinen Agrarprogramm, ist eine besondere Notwendigkeit.

Umschuldung und Entschuldung, Zins- und Lastensenkung, Ordnung der Kreditverhältnisse stehen im Vordergrunde.

Festigung und Erhaltung der bestehenden wirtschaftlichen Betriebe schaffen erst die Möglichkeit einer zielbewußten Bauern- und Arbeitersiedlung. Zur Deckung dieser notwendig werdenden Ausgaben wird die Reichsregierung, ohne den Steuerzahler neu zu belasten, eine besondere Vorlage unterbreiten. In Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichspräsidenten hat sich die Reichsregierung zu diesem Vorgehen entschlossen.

Gesundung der östlichen Landwirtschaft ist die Grundlage nationaler und volkspolitischer Rettung des deutschen Ostens.

(Sehr wahr! bei den Regierungsparteien.) **(Die Reichsregierung wird an diesen Vorschlägen und an ihrer schnellsten Durchführung unter allen Umständen festhalten. Sie ist gewillt und in der Lage, alle verfassungsmäßigen Mittel hierfür einzusetzen. Das Werk des versöhnenden Ausgleichs zwischen den einzelnen Berufsständen und Schichten der Bevölkerung verträgt keinen Verzug. Diesen Gedanken muß auch der Reichstag in seiner Stellungnahme zur neuen Reichsregierung Rechnung tragen. Parteipolitische Erwägungen müssen in dieser Stunde in den Hintergrund treten. (Bewegung. Beifall bei den Regierungsparteien.) Sachliche Einstellung zu diesem Programm des Kabinetts allein sichert die Zukunft des deutschen Volkes.** (Beifall und Händeklatschen bei den Regierungsparteien — Pfuirufe bei den Kommunisten.)

Präsident Löbe teilt mit, daß von dem kommunistischen Abg. Stöcker der Antrag eingegangen ist: Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags.

Abg. Schultz-Bromberg (DN.) wünscht, daß die nächste Sitzung erst am Donnerstag stattfinde, und beantragt dies.

Der Antrag des Abg. Schultz-Bromberg (DN.) wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt. Das Haus beschließt mit großer Mehrheit, die Sitzung morgen um 12 Uhr zu beginnen. Schluß gegen 4,30 Uhr.

Vor schweren Entscheidungen

Stimmungsbild unserer Berliner Schriftleitung

Dienstag, den 1. April, nachmittags 4 Uhr, im Reichstag. Wir wissen nicht, ob dieser Tag in der Geschichte des Nachkriegsdeutschlands einmal rot angestrichen werden wird. Wir wissen heute nur so viel, daß er seinesgleichen zu suchen hat, und daß nur einmal seit 1918 eine ähnliche Situation entstanden ist, nämlich damals, als das deutsche Volk in der Inflation zu versinken drohte und das deutsche Parlament ebenso mürbe war, wie die Menschen draußen in Stadt und Land. Damals bekam Dr. Luther als Reichskanzler seine Ermächtigung. Heute schwebt das große Fragezeichen über dem brechend vollen Hause, ob man Dr. Brüning ein Vertrauensvotum gibt. An sich brauchte er keins. Er hat Vollmachten genug, aber es wäre ein Schönheitsfehler für unser System, wenn er von ihnen sozusagen antiparlamentarischen Gebrauch machen müßte.

Schon das äußere Bild weist auf die Bedeutung dieses Tages hin. Wagenburgen vor den Portalen, Menschenmassen, von Polizei in Ordnung gehalten, erregte Stimmung in Wandelhalle und Sitzungsräumen, der Plenarsaal bis zum letzten Platz besetzt, die Diplomatentribüne überfüllt, in- und ausländische Presse vollzählig anwesend und auch auf den Zuschauertribünen kein Plätzchen mehr, denn der Wettlauf um Eintrittskarten ging seit Tagen. Um die Rednertribüne drängen sich die Regierungsvertreter. Die Reichsratsbevollmächtigten sind vollzählig zur Stelle. Auf der Länderbank der preußische Ministerpräsident, ein verhältnismäßig seltener Gast in diesem Hause, neben ihm der bayrische, dann der sächsische, dann die übrigen Gesandten der Länder. Das neue Reichskabinett hat bereits seine Plätze eingenommen. Brüning auf dem Kanzlerplatz, neben ihm der neue Vizekanzler Dietrich-Baden, gleichsam als Manifestation des neuen Regierungswillens Gröner als dritter, weiter hinten dann Schiele, als letzter in der Reihe neben dem neuen Reichsjustizminister Dr. Bredt, Treviranus.

Punkt 4 Uhr ertönt Löbes Glocke. Zwei Mandatsniederlegungen werden bekanntgegeben. Dr. Wunderlich (Leipzig), der neue Reichsgerichtsrat, ist ausgeschieden, Schiele hat seine parlamentarischen Bindungen abgelegt, um auf der Ministerbank Platz zu nehmen. „Das Wort hatte Herr Reichskanzler!" Totenstille herrscht im Saale.

Diese Regierungserklärung ist eine Sache für sich. Mit keinem Worte fordert diese Regierung von dem Parlament Vertrauen. Das ist ganz außergewöhnlich, denn entweder am Anfang oder Ende der ersten Erklärung jedes Kabinetts steht als Bitte oder Forderung der Appell an den Reichstag, wenn nicht ein Vertrauensvotum zu beschließen, so doch zum